



## Schlecker ändert umstrittene Personalpolitik

Drogeriekette beendet nach Lohndumping-Vorwürfen Zusammenarbeit mit Zwickauer Zeitarbeitsfirma - Arbeitsministerin will Gesetz prüfen

Von Jan-Dirk Franke

Berlin/Zwickau. Deutschlands größte Drogeriekette hat nach Vorwürfen wegen Lohndumpings ihre umstrittene Personalpolitik geändert. "Die öffentliche Diskussion um die Beschäftigung von Leiharbeitern der Firma Meniar durch die Firma Schlecker haben wir bisher nicht nachvollziehen können. Um diese jedoch zu beenden, hat die Firma Schlecker beschlossen, mit sofortiger Wirkung keine neuen Arbeitnehmerüberlassungsverträge mit der Firma Meniar mehr abzuschließen", Schlecker-Sprecher Florian Baum auf Anfrage von "Freie Presse" gestern mit.

Hintergrund: Die Drogeriekette strukturiert ihre Filiallandschaft um. Dabei entstehen neue, größere XL-Märkte. Bestehende Märkte werden dafür zum Teil geschlossen. Nach Informationen der Gewerkschaft Verdi werden die Beschäftigten in den XL-Märkten dabei zu deutlich schlechteren Konditionen und nur mit Zeitarbeitsverträgen beschäftigt.

Laut der stellvertretenden Verdi-Landessachbereichsleiterin Handel, Annelie Schneider, werden die Angestellten Schlecker-Märkten gemäß dem Flächentarifvertrag im Einzelhandel bezahlt, den Schlecker anerkannt hat. In den XL-Märkten hätten die Mitarbeiter dann nur noch die Hälfte des bisherigen Stundenlohns bekommen, so Schneider. Das funktioniert deshalb, weil der Drogeriemarktbetreiber mit Sitz in Ehingen seine XL-Läden über eine eigenständige Gesellschaft betreibt Schlecker XL-GmbH. Die Tarifbindung wurde so ausgehebelt. Die Mitarbeiter bekamen einen neuen Vertrag und wurden über die Meniar Personalservice GmbH mit Sitz in Zwickau neu eingestellt, die nach einem zwischen der Christlichen Gewerkschaft Zeitarbeit und dem Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister abgeschlossenen Tarif bezahlt. In € Arbeitsvertrag für einen "Mitarbeiter/in Verkauf", der "Freie Presse" vorliegt, ist der Bruttostundenlohn mit 6,61 Euro angegeben.

Wie Schneider sagte, seien den Mitarbeitern noch für drei Monate übertarifliche Zulagen zugesichert worden. Doch solche freiwilligen Zusagen könnten sofort wieder gestrichen werden.

Die Zeitarbeitsfirma gibt es erst seit einem Jahr, am 8. Januar wurde sie ins Handelsregister eingetragen. Geschäftsführer ist Alois Over, der zuvor offenbar in der Schlecker-Zentrale in Ehingen tätig war. Bislang hat Meniar nach Gewerkschaftsangabe etwa 4300 Beschäftigte an Schlecker vermittelt. Man habe den Mitarbeitern geraten, die neuen Arbeitsverträge nicht unterschreiben, sagte Verdi-Bereichsleiterin Schneider. "Damit sind wir recht gut unterwegs gewesen." Wie viele Beschäftigte von der Umstrukturierung in Sachsen betroffen sind, konnte sie nicht sagen. Offen blieb auch, wie viele Märkte Schlecker Freistaat hat und wie viele XL-Läden vorgesehen sind. Auch Schlecker nannte keine Zahlen. Der Pressesprecher ließ ebenfalls offen, wie in den XL-Märkten künftig verfahren wird und nach welchen Tarifen hier die Entlohnung erfolgen soll.

Die Lohndumping-Vorwürfe gegen die Drogeriekette hatten gestern eine politische Diskussion angefangen. Die Regierung kündigte an, den möglichen Missbrauch von Leiharbeit notfalls mit schärferen Gesetzen einzudämmen. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen sagte, ihr Ministerium werde sehr genau prüfen, ob die Firma Gesetze verletze oder umgehe. Weisung des Gesetzesrahmens Schlupflöcher oder Lücken auf, werde die Regierung nachbessern, versprach sie. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl Josef Laumann (CDU) warf dem Unternehmen in einem Brief an die Schlecker-Mitarbeiter systematische Tarifflicht vor, die "das soziale Gefüge in Schieflage" bringe.

Bereits seit einiger Zeit beschäftigt das Thema den Bundestag. So wollte die Linke-Abgeordnete Sabine Zimmermann von der Regierung in einer Fragestunde wissen, welche rechtlichen Schlussfolgerungen die Bundesregierung daraus ziehe, "da Unternehmen Schlecker versucht, mit der Zeitarbeitsfirma Meniar einen mit der Gewerkschaft Verdi geschlossenen Tarifvertrag über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Unternehmen zu unterlaufen." Am Freitag zogen die Grünen nach: In einer Kleinen Anfrage wollen sie nun von der Regierung wissen, wie sie "die Substitution von Stammbesetzungen durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bewertet". Eine solche Entwicklung zeige sich "exemplarisch bei Schlecker". (m apn)

Die Drogeriekette Schlecker strukturiert ihr Filialnetz neu. Kirsten Neumann/ddp

<b>Publikation</b>	Freie Presse
<b>Lokalausgabe</b>	Chemnitzer Zeitung
<b>Erscheinungstag</b>	Dienstag, den 12. Januar 2010
<b>Seite</b>	6